

# WILLY BRANDT

## Ein Brief aus dem Jahre 1946

WILLY BRANDT

Oslo, den 10. Juni 1946  
Pensjon Themis, Pilestredet 15 B

Lieber Jim!

Ich habe Dein Schreiben vom 30.4. und Euern Ende April datierten Rundbrief erhalten. Inzwischen hat mir einer unserer Freunde einen Teil der Beantwortung abgenommen. Ich meine Gen. Adolf Ehlers, der zusammen mit dem zweiten Vertreter der KPD im Bremer Senat, Hermann Wolters, Mitte Mai zur SPD übergetreten ist.

Die Genossen Ehlers und Wolters haben ihren Austritt aus der KPD in einer Erklärung begründet, in der es heißt: "Die Demokratie wird in der KPD mit Füßen getreten, und selbständig denkenden Kommunisten wird ein Schweigegebot auferlegt, weil sie versuchen, innerhalb der Partei für eine Politik einzutreten, die nach ihrer ehrlichen Auffassung den Interessen der deutschen Arbeiter entspricht." Es wird weiter ausgeführt, dass sich an den Methoden der früheren Zeit in der KPD nichts geändert habe: "Wichtige politische Entscheidungen werden nicht diskutiert, sondern von oben wird eine fertige Meinung dekretiert." Wer widerspräche, werde als Parteischädling und als Helfer der Reaktion abgestempelt.

Ehlers und Wolters wenden sich gegen den schematischen Zentralismus des kommunistischen Parteiapparats, dessen tiefere Ursache sie auf die aussenpolitische Abhängigkeit der Partei zurückführen. "Die KPD", so schreiben sie, "führt eine Politik der mechanischen Übertragung politischer Direktiven, die unvereinbar sind mit den Grundsätzen einer selbständigen sozialistischen Politik." Eine sozialistische Partei in Deutschland stehe vor der Aufgabe, eine völlig unabhängige sozialistische Politik zu führen. Sie müsse frei sein von allen fremden Einflüssen und dürfe unter keinen Umständen ein Instrument der Aussenpolitik eines anderen Staates sein. "Eine sozialistische Partei in Deutschland darf nicht in einseitiger Weise für die

»Bei Willy Brandt hat er (Schumacher) Vorbehalte, auch wenn er seiner Karriere nichts in den Weg legt, die ja damit beginnt, daß er ihn 1948 als Beauftragten des Parteivorstandes nach Berlin entsendet. Und so etwas nennst Du Deinen Freund?«, sagt er ironisch zu Hermsdorf, als einmal von Brandt die Rede ist. Mit Brandts Engagement für die linke SAP 1932 kann dies kaum zusammenhängen, da er schon 1945 SAP-Mitglieder wie Otto Brenner willkommen geheißen hat. Eher spielen Berichte über Brandts linkssozialistische Verbindungen im norwegischen Exil eine Rolle, auch seine Nähe zu Jakob Walcher, einem früheren schwäbischen Metallarbeiter, der... aus der... KPD ausgeschlossen wurde und danach zur SAP gestoßen ist. Noch im Ausland entscheidet sich Walcher für die SED; als Brandt für die norwegische Militärmission

wirtschaftliche, politische und nationale Einheit in den westlichen Gebieten eintreten und vor den gleichen Fragen in der östlichen Zone stumm resignieren. Man kann auch nicht einer Demontage der lebensnotwendigen Betriebe im Osten weitgehende Unterstützung leihen und im Westen eine gegenteilige Politik betreiben."

Weiter heisst es, dass eine sozialistische Einheitspartei nur auf der Grundlage des freiwilligen Zusammenschlusses der Mitglieder entstehen könne. Ihren Übertritt zur Sozialdemokratie begründen die beiden Genossen zusammenfassend damit, dass für eine Politik der internationalen Verständigung und der gegenseitigen Hilfe aller Sozialisten heute nur Platz in den Reihen der SPD sei. Sie schliessen ihre Erklärung mit der Aufforderung: "Aus diesen Gründen erklären wir unseren Austritt aus der KPD und fordern unsere Freunde auf, mit uns gemeinsam in die SPD einzutreten und diese Partei zu stärken für die sozialistischen Aufgaben."

Es kann kaum geleugnet werden, dass dem Schritt der Gen. Ehlers und Wolters eine gewisse Bedeutung beizumessen ist. Zu diesem Urteil über die Zustände innerhalb der KPD sind sie nicht am grünen Tisch gekommen, sondern auf Grund praktischer Erfahrungen. Du solltest auch nicht übersehen, dass zu diesem Thema eine Menge früheren Erfahrungsmaterials vorliegt. Dieses Material berechtigt kaum zu Deiner optimistischen Annahme, die Ausarbeitung von Losungen geschehe bei der KPD in 99 von 100 Fällen "ganz ähnlich, wie es etwa bei uns geschah, d.h. durch ernsthafte, gründliche und zuweilen auch heftige Diskussionen". Besonders wundere ich mich aber über Deine Feststellung, die Kommunisten würden "im gemeinsamen Rahmen jedem willig Gehör schenken und Anregungen und Vorschläge von ihnen entgegennehmen, wenn sie den Eindruck haben, dass es den Betreffenden darum zu tun ist, der gemeinsamen Sache am besten zu dienen. Unzugänglich, abweisend und rücksichtslos werden sie sich stets dann verhalten, wenn sie glauben, dass jemand Nebenabsichten verfolgt und sich gern ein extra-Süppchen kochen möchte." Das heisst doch im Grunde nichts anderes, als dass alles gut ist, solange man mitmacht und dass es schief geht, wenn einer gegen den Stachel löckt. Du akzeptierst jetzt in Wirklichkeit den Führungsanspruch von seiten der KPD und schliesst damit die Möglichkeit aus, dass es ja auch auf ihrer Seite Leute geben kann, die Nebenabsichten verfolgen und sich ein extra-Süppchen kochen möchten.

Ich muss demgegenüber noch einmal die Auffassung unterstreichen, die ich in meinem Brief vom 30. April zum Ausdruck brachte: "Die Freude über strukturell fortschrittliche Veränderungen in der Ostzone wird

in Berlin arbeitet, kommt es zu gelegentlichen Treffen zwischen beiden. Ehe er nach Berlin geht, muß Brandt sich gegen Versuche wehren, ihn wegen der Kontakte zu Walcher anzuschwärzen.« Peter Merseburger: Der schwierige Deutsche. Kurt Schumacher. Eine Biographie, Stuttgart 1995, S.472.

» Heute bekam ich den dokumentarischen Beweis dafür, daß Willy Brandt in Schweden versucht, in der sozialdemokratischen Presse Artikel unterzubringen, in denen er Schumacher vorwirft, daß dieser außenpolitisch einseitig sei und »seine Haltung zur Sammlung ist rein negativ«. Vorsicht ist dringend geboten. Bitte berichte den angestrichenen Absatz nach Hannover.«

Kurt Heinig, Stockholm, am 13. März 1946 an Wilhelm Sander, in: AsD, Bestand Kurt Schumacher, Mapped 65.

»Lübecker Sozialdemokraten führen nach Hannover, wo Kurt Schumacher die SPD wiederbegründet und mit eiserner Hand und ergebene Helfern auf Kurs gebracht hatte. Und wo ich, Parteitag Mai 1946, selbst gewesen war, ohne daß sich eine Perspektive gezeigt und ich das Gefühl bekommen hätte, ich würde erwartet.

Wog die linkssozialistische Vergangenheit zu meinen Lasten? Kaum, denn andere Mitglieder früherer Sondergruppen standen längst in Ansehen und wurden gebraucht... Und tatsächlich verlockte diese Vergangenheit niemanden zu einer spitzen Bemerkung.

Zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten gab es keinen Raum mehr und keine Illusionen. Man war hierhin gegangen oder dahin, wie Jakob Walcher, der sich noch im amerikanischen Exil für den Osten entschieden hatte und folgerichtig in der SED landete. Er suchte noch, mich zu bereden, holte sich aber, in den Tagen nach der sowjetischen Zwangsvereinigung von SPD und KPD, eine deutliche Abfuhr. Entscheidend sei, so schrieb ich ihm, daß die Einheit »mit undemokratischen Mitteln und teilweise sogar mit gewalttätigen Methoden vorangetrieben worden ist«. Die demokratischen Grundrechte und die Demokratie innerhalb der Arbeiterbewegung seien »nicht Fragen der Zweckmäßigkeit. Sie sind grundsätzliche Fragen erster Ordnung.«

Willy Brandt: Erinnerungen, Frankfurt a.M. 1989, S. 147.

dadurch wesentlich getrübt, dass jene "Demokratie neuen Typs" praktiziert wird, die mit den demokratischen Grundrechten herzlich wenig gemein hat und sogar die elementaren Forderungen der demokratischen Meinungsbildung innerhalb der Arbeiterbewegung beiseiteschiebt. Die demokratischen Grundrechte und die Demokratie innerhalb der Arbeiterbewegung sind aber nicht Fragen der Zweckmäßigkeit. Sie sind grundsätzliche Fragen erster Ordnung."

Selbstverständlich fliegen Späne, wenn gehobelt wird. Natürlich darf man nicht zulassen, dass sich Nazis und Besitzbürger hinter der Fahne der Freiheit verstecken. Du hast auch ganz recht wenn Du feststellst, dass Freiheit, Demokratie und Humanität sich im neuen Deutschland niemals werden wirklich entfalten können, wenn es der Arbeiterklasse nicht gelingt, das Land gründlich von den Nazis und ihren Hintermännern zu säubern, einen verlässlichen Staats- und Verwaltungsapparat aufzubauen und die Struktur der Wirtschaft grundlegend zu ändern. Aber es kommt darüber hinaus noch darauf an, dass man weiss, was "Freiheit, Menschenwürde und andere schöne Dinge" beinhalten, dass man an diesem Inhalt mit fanatischer Entschlossenheit festhält und sich auf diese Weise dagegen sichert, im revolutionären Prozess zur Abtötung dessen beizutragen, was zu erkämpfen man sich vorgenommen hatte.

Darum kann ich mich nicht Eurer Forderung anschließen, "wir sollen uns nicht durch Rasonnieren über die zur Anwendung gelangten Methoden vom Begreifen des Kerns der Sache abhalten lassen". Diese "Methoden", über die jetzt nicht mehr rasonniert werden soll, waren es doch, die seinerzeit dazu führten, dass für Dich und Deinesgleichen in der Komintern kein Platz mehr war. Inzwischen ist viel Wasser den Berg hinabgelaufen. Zwei Kernpunkte, die Du damals und während der Jahre unserer Zusammenarbeit immer wieder betont hast, haben jedoch an Aktualität nicht verloren. Ich meine die Frage der Demokratie innerhalb der Arbeiterbewegung und die ihrer Unabhängigkeit und Bodenständigkeit.

Damit sind wir bei der Haltung zur SU angelangt. Mir will scheinen, dass unsere Auffassungen in diesem Punkt in der Tat beträchtlich voneinander abweichen. Für Dich repräsentiert die SU das sozialistische Moment in der internationalen Politik. Von daher gelangst Du in der Gesamtlinie zu einer Unterordnung der internationalen - in unserem Fall der deutschen - Arbeiterbewegung unter die Interessen der SU. Ich gehe demhingegen nicht von einer einfachen Interessensolidarität zwischen der SU und der deutschen resp. internationalen Arbeiterbewegung aus. Gewiss gibt es objektiv eine Masse gemeinsamer Interessen. Diese

lassen sich aber auf Grund der geschichtlichen Gegebenheiten, vor allem auch auf Grund der russischen Eigenentwicklung, nur in beschränktem Masse durchsetzen.

Es ist hier nicht der Platz, die Entwicklung innerhalb der SU zu analysieren. Mit dem, was dazu vor 14 Jahren formuliert wurde, kommen wir jedenfalls nicht mehr aus. Inzwischen hat sich doch allerlei zugetragen. Der russische Aufbau ist weiter fortgeschritten, und die Sowjetmacht hat die Belastungsprobe des 2. Weltkrieges in bewundernswerter Weise bestanden. Die axiomatische Behauptung, dass die kollektive Umformung der Wirtschaft zwangsläufig eine Befreiung des Menschen nach sich ziehen werde, ist jedoch durch die Entwicklung nicht bestätigt worden. Es ist offenbar, dass die Verstaatlichung der Produktionsmittel (oder andere Formen der Kollektivierung) nicht automatisch zu "höheren Formen der Demokratie" führt, sondern dass es dazu einer besonderen und ganz entschiednen willensmässigen Anstrengung bedarf. Man kann hoffen, dass es auf der Basis der veränderten gesellschaftlichen Verhältnisse im Laufe der Zeit in der sowjetischen Welt gelingen wird, die Eigen- und Rückentwicklung im "Überbau" zu überwinden und durch eine freiheitliche, humanistische Entwicklung abzulösen.

Wir stehen jedoch vor der Frage, ob wir - über das hinaus, was sich während der vergangenen 13 Jahre abgespielt hat - erst die Entwertung uns wesentlicher menschlicher und sittlicher Werte durchmachen müssen oder ob wir von einer höheren Stufe aus zum Sozialismus gelangen und in ihm die Elemente des Kollektivismus und der Freiheit vereinigen können. Ich weiss nicht, ob das gelingen wird. Aber der Versuch muss gemacht werden. Daraus ergibt sich keine Feindschaft gegenüber der SU und erst recht kein primitiver Antibolschewismus. Aber es bedarf einer unabhängigen sozialistischen Politik, einer Politik, die dem Osten lässt was ihm gebührt, die aber keineswegs auf den Anschluss an die sozialistischen und fortschrittlichen Kräfte des Westens verzichtet. Es ist doch eine unerlaubte und falsche Vereinfachung, wenn man im Westen nichts als Reaktion und kapitalistische Ausbeutung sieht.

An den Schluss meiner Ausarbeitung zur Krise der neuen deutschen Arbeiterbewegung stellte ich die Forderung, dass es gälte, von den neuen Verhältnissen aus und befreit von Dogmen und Vorurteilen, eine planwirtschaftlich-freiheitliche, demokratisch-sozialistische Konzeption für die deutsche, europäische und internationale Arbeiterbewegung zu entwickeln. Und ich fügte dem hinzu: "Die Grossmächte mögen sich durch militärische Okkupation gegen reale oder vermeintliche Gefahren sichern. Das gibt ihnen kein Recht, das

»An der russischen Revolution, der Stellung zu den Bolschewiki schieden sich die Geister sowohl in der SPD (von ihr spaltete sich 1931 die SAP ab, die den Vorgängen in Sowjetrußland im wesentlichen positiv gegenüberstand) ebenso wie in der KPD (Ende 1928 die KPO gegründet, die sich kritisch zur KPdSU und der Komintern, vor allem nach deren VI. Kongreß 1928, verhielt).«

Otto Wahl, Stuttgart, in einem Gespräch am 8. Dezember 1995, Tonbandabschrift, Privatarchiv.

»Zwei Tage vor Weihnachten kam (Erich) Brost und berichtete, in Hannover seien Zweifel aufgetaucht, ob man recht daran tue, mich mit der Aufgabe (des PV-Beauftragten in Berlin - U.P.) zu betrauen. Ich setzte mich hin und schickte unter dem Datum des 23. Dezember 1947 Schumacher ein paar deutliche Worte:

»Lassen Sie mich in unmißverständlicher Weise erklären: Ich stehe zu den Grundsätzen des demokratischen Sozialismus im allgemeinen und zur Politik der deutschen Sozialdemokratie im besonderen. Ich behalte mir vor, mir über neu auftauchende Fragen selbst den Kopf zu zerbrechen. Und ich werde nie im voraus ja sagen zu jeder Einzelformulierung, auch wenn sie von dem ersten Mann der Partei geprägt wird. Tradition bedeute viel. Aber die Ehrfurcht vor dem Überlieferten dürfe nie so weit gehen, daß man Fehler und Irrtümer der Vergangenheit nicht eingestehen wolle. »Wie sollte dann eine Partei innerlich wachsen können? Und wie sollte sie den Kampf um die junge Generation mit Erfolg bestehen können? Ich erinnerte daran, daß ich meine norwegische Stellung »und noch einiges mehr« aufgegeben hätte, doch daß ich mich nicht aufdränge und keine Veranlassung sähe, mich zu verteidigen. Der Brief wirkte...«

Willy Brandt, Erinnerungen, a.a.O., S. 150.

wiederentstehende demokratische Leben der Deutschen zu okkupieren. Solchen Ansprüchen ist das Selbstbestimmungsrecht des werktätigen deutschen Volkes gegenüberzustellen. Es gilt, die Unabhängigkeit der deutschen Arbeiterbewegung zu verteidigen. Denn nur, wenn die deutsche Arbeiterbewegung auf eigenen Beinen steht, kann sie die Elemente der Freiheit und des Sozialismus in sich und für Deutschland vereinigen.“

Es kann doch gar keinem Zweifel unterliegen, dass auch der SU am besten mit der selbständigen Entwicklung des europäischen Sozialismus gedient wäre. Jetzt ist es so, dass die Russen nur dort sicher sind bzw. sich sicher fühlen, wo sie sich durch die Rote Armee gesichert haben. In der übrigen Welt ist ihre Position im Laufe des letzten Jahres phantastisch geschwächt geworden. Für Deutschland hat sich das bestätigt, was ich in meiner Ausarbeitung feststellte: »Die bisherige Entwicklung des Einheitsproblems hat die Gegensätze verschärft und den Kräften Vorschub geleistet, die keine gesamt-deutsche Lösung wollen. Die Stabilisierung der zonenmässigen Zerstückelung widerspricht aber den Regeln elementarster wirtschaftlicher Vernunft. Sie ist ein Unglück für die Deutschen, aber nicht nur für sie. Eine andauernde Kolonisierung Deutschlands, mit allen Friktionen, die gerade sie nach sich zieht, beinhaltet eine Gefährdung des Weltfriedens.« In meinem vorigen Brief fügte ich dem hinzu: »Es ist auch festzustellen, dass durch die Art, wie die Einheitspolitik vorangetrieben worden ist, der Einheitswille des übergrossen Teils der sozialdemokratischen Arbeiterschaft in sein Gegenteil umgekehrt wurde. Die KP begegnet heute in allen westlichen Zonen, aber nicht nur dort, einem Misstrauen, das nicht unberechtigt ist und das teilweise bereits in offene Feindschaft umgeschlagen ist. Eine der Folgen ist auch, dass eine Stärkung der reaktionären Einflüsse festgestellt werden kann. Die Zwangseinheit trägt zweifellos dazu bei, dass die Zonengrenzen sich versteifen. Diese Wirkung wird nicht durch noch so viele SED-Aufrufe aufgehoben. Für die Westmächte, aber auch für die westliche Arbeiterbewegung, stellt sich die SED-Politik als eine Funktion der russischen Aussenpolitik dar. Sie fordert zu Gegenmassnahmen heraus. Das Ergebnis wird tiefere Zerklüftung statt der so notwendigen stärkeren Vereinheitlichung sein.«

Trotzdem bin ich natürlich mit Dir darin einig, dass es weiterhin eine gebieterische Notwendigkeit ist, die grösstmögliche Geschlossenheit innerhalb der Arbeiterbewegung herzustellen und einer einheitlichen sozialistischen Partei zuzustreben. Ich kann jedoch nicht einsehen, dass der Erreichung dieses Ziels durch die forcierte Bildung der SED im Osten gedient wurde.

»Selbstverständlich kann

Lass uns doch noch mal festhalten, dass es vor einem Jahr möglich gewesen wäre, die Einheit zu verwirklichen, wenn die KPD-Führung das gewollt und der Bildung einer unabhängigen deutschen Arbeiterpartei zugestimmt hätte. Nun wirst Du fragen, warum denn dann nicht die SPD mitgemacht hat, als die KPD-Führung ihren Kurswechsel vornahm. Nun, ich verleugne keineswegs, dass es meiner Meinung nach negative Momente in der sozialdemokratischen Politik gab. Entscheidend ist doch aber andererseits, dass die KPD umschwenkte, als sie ihren Apparat in der Ostzone ausgebaut und die Gewähr für die Beherrschung der SED in der Hand zu haben glaubte. Während zuvor und auch noch in der Entschliessung vom Dezember vorigen Jahres viel von der so notwendigen ideologischen Klärung gesprochen wurde, war es plötzlich sehr eilig geworden. Durch die Art, wie nun im Osten die SED zusammengebracht wurde, ist in der Tat das Einheitsproblem der deutschen Arbeiterbewegung nicht gelöst worden. Im Osten hat man es äusserlich gelöst, im Westen - und zwischen dem Osten und Westen - sind die Gegensätze gewachsen.

Man kann nun auf zweierlei Weise an das vorliegende Problem herangehen. Man kann meinen, im Osten seien die zielweisenden Lösungen gefunden worden und von dort aus müsse das übrige Deutschland durchdrungen oder erobert werden. Oder man kann der Auffassung sein, dass es weiterhin zwei Hauptlager der deutschen Arbeiterbewegung gibt, deren Verhältnis zueinander auf der Basis der Anständigkeit geregelt werden sollte. Ich bekenne mich zu der letztgenannten Auffassung. Die erstere würde die Festlegung auf eine einseitige "östliche" Regelung bedeuten, bei der kaum viel Gutes herauskommen kann. So wie sich die Dinge entwickelt haben, halte ich es für angebracht, noch einmal den Satz in meinem Brief vom 30.4. zu unterstreichen, dass es darauf ankomme, "die SPD im Westen so stark wie möglich werden zu lassen und in ihrem Rahmen für eine möglichst fortschrittliche Politik zu wirken".

Du weist, dass ich dem sozialdemokratischen Parteitag in Hannover im vorigen Monat beiwohnte. Ich nehme an, dass Du von den Beschlüssen und vom Referat des Gen. Schumacher bereits auf andere Weise Kenntnis genommen hast. Du wirst daraus ersehen haben, wie abwegig die Auffassung ist, Schumacher sei "Helfer und Vertrauensmann von Kräften, die willens sind, die Reaktion zu stützen und jede strukturelle Änderung der Gesellschaft in sozialistischer Richtung unmöglich zu machen".

Ich bin weit davon entfernt, jedem Wort zuzujubeln, das in Hannover ausgesprochen wurde. Dort wurde gewiss noch nicht das letzte Wort zu den heute vorliegenden Fragen gesprochen. Die Tagung stellte jedoch eine

die Sozialdemokratie von den einmal gewonnenen und in vielen Gedächtnissen gespeicherten Erfahrungen aus den vergangenen Jahren nicht völlig absehen. Aber wir werden nicht Gefangene gelernter und eingeschliffener Verhaltensmuster und Denkschemata sein, wenn die Welt vor unseren Augen sich wandelt und die alte Betrachtungsweise sich überlebt. Nichts wäre erfreulicher, als wenn auch hier nicht alle alten Schlachten immer neu geschlagen werden müßten.«  
 Willy Brandt: Die SPD in der deutschen Geschichte, in: Susanne Miller/Malte Ristau (Hg.): Erben deutscher Geschichte. DDR-BRD: Protokolle einer historischen Begegnung, Reinbek bei Hamburg 1988, S.17.  
 (Es handelt sich um die von der Historischen Kommission des SPD-Vorstandes am 12.-13. März 1987 veranstaltete Diskussion zwischen Historikern der BRD und der DDR.)



wichtige Etappe dar. Zu zentralen Gegenwartsaufgaben wurde in positiver Weise Stellung genommen. Es wurde die Konzeption eines revolutionären und demokratischen Sozialismus zumindest andeutungsweise entwickelt. Entscheidend waren der Appell und das Gelöbnis zu unmittelbarer sozialistischer Initiative. Es bleibt abzuwarten, wie sich die Praxis gestalten wird. Es wird vielleicht notwendig werden, an das Schumacher-Wort zu erinnern, dass es niemals mehr zu einer blossen Herrschaft des Apparats kommen dürfe. Es wird vor allem notwendig sein, an Hand der heute stehenden Probleme aufzuzeigen, in welchem Ausmass eine Kooperation mit der KPD einerseits und den linken Christen andererseits möglich ist.

Schon jetzt möchte ich aber der vereinfachten Darstellung widersprechen, dass im Osten bereits all das verwirklicht sei, was die SPD im Westen erst fordere. Gewiss, in der Ostzone sind grundlegende Veränderungen durchgeführt worden. Die Schlussbilanz lässt sich aber heute noch nicht ziehen. Es ist nicht alles Gold, was glänzt. Der Kampf um die demokratisch-sozialistische Umgestaltung Deutschlands ist nicht abgeschlossen, er hat erst begonnen.

Dieser Kampf wird erleichtert werden, wenn es gelingt, eine möglichst breite Front gegen die Reaktion zustandezubringen. Er wird nicht gefördert durch die Übertragung totalitärer Formen und Ansprüche in die Reihen der Arbeiterbewegung. Die Einheit, die es zu erstreben gilt, verliert ihren Wert, wenn sie nicht auf unabhängiger, demokratischer Basis geschaffen wird.

Mit bestem Gruss!

- 1 Jakob Walcher (1887-1970), Dreher. 1906 Eintritt in die SPD, in der er zum linken Flügel gehört. 1910/1911 Parteischule der SPD in Berlin, an der u.a. Rosa Luxemburg lehrte. 1911 Redakteur der »Schwäbischen Tagwacht«, Stuttgart, wird 1915 zusammen mit allen Linken aus der Redaktion entfernt. Während des Krieges Mitglied der Spartakusgruppe. 1918 Delegierter und einer der Vorsitzenden des Gründungsparteitages der KPD. 1919-1923 Mitglied ihrer Zentrale, verantwortlich für Gewerkschaftsarbeit. 1924 als »Rechter« nicht wiedergewählt, geht nach Moskau, da von der Polizei gesucht. Kehrt 1926 zurück und arbeitet in der Gewerkschaftsabteilung des ZK. Wird 1928 als »Rechtsabweichler« aus der KPD ausgeschlossen, ist Mitbegründer der KPD/Opposition und Mitglied ihrer Reichsleitung. 1931/1932 Haupt sprecher der KPO-Minderheit und geht mit ihr zur SAP. Emigriert 1933 nach Frankreich, ist dort Sekretär der SAP. Geht 1941 in die USA, kehrt 1946 - in die SBZ - zurück und wird Mitglied der SED. Ende der 40er Jahre erneut gemäßregelt und als »alter Rechter« aus der SED ausgeschlossen. 1956 rehabilitiert. Nach Theodor Bergmann: Gegen den Strom. Die Geschichte der Kommunistischen-Partei-Opposition, Hamburg 1987, S.439.
- 2 Adolf Ehlers (1898-1978), nach kaufmännischer Lehre 1916-1918 Soldat, danach Metallarbeiter, Mitglied der KPD, Funktionen in KJVD und KPD, 1924 Delegierter ihres illegalen Parteitages. Anfang 1925 wegen Widerstandes gegen den ultralinken Kurs ausgeschlossen - und Ende 1925 wiederaufgenommen; u.a. Gewerkschaftsfunktionen. 1929 als »Rechtsabweichler« aus der KPD wieder ausgeschlossen, anschließend aktiver Funktionär der KPD/Opposition. Ging 1932 mit der KPO-Minderheit zur SAP, war deren Bezirksleiter Nordwest. Nach 1933 illegal für die SAP tätig. 1945 Mitglied der KPD, Senator in Bremen. Am 15. Mai 1946 Übertritt zur SPD, 1948/1949 Mitglied des Parlamentarischen Rates, 1959-1963 2. Bürgermeister von Bremen, 1962-1964 Mitglied des Bundesvorstandes, 1967-1969 des Bremer Landesvorstandes der SPD.
- 3 Hermann Wolters (1911-1974), von Beruf Matrose, 1929 Eintritt in den KJVD und die KPD, 1932 Mitglied des Bezirksvorstandes Wasserkante des KJVD. 1933 verhaftet, seit 1939 bei dem Borgward-Automobilwerk in Bremen beschäftigt. 1945 Mitglied der Kampfgemeinschaft gegen Faschismus (KGF) und der KPD-Bezirksleitung Bremen. 1946 Übertritt zur SPD, 1945-58 Mitglied des Bremer Senats, zuständig zunächst für Ernährung und Arbeitsbeschaffung, später für Wirtschaft.

Quelle: Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn, Bestand Kurt Schumacher, Mappe 64.

Wir danken dem Archiv der sozialen Demokratie für die freundliche Genehmigung, das Dokument zu veröffentlichen.